

Anträge der CDU-Fraktion anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2008

1. Die Verwaltung stellt einen mittelfristigen Plan zum Bau weiterer Verkehrskreisel auf. Der Verkehr läuft mit Kreisverkehren weitaus flüssiger als mit beampelten Kreuzungen.
2. Die Verwaltung organisiert einen „Workshop Innenstadt“ mit den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses sowie Vertretern des Stadtmarketingvereins und Gewerbevereins als sachkundige Bürger.
3. Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept zur besseren und schöneren Beleuchtung in der Innenstadt.
4. Die Verwaltung erarbeitet ein den heutigen Anforderungen gerecht werdendes Flächenmanagement für die Innenstadt. Manche Gebäude bzw. ganze Straßenzüge entsprechen nicht mehr dem heutigen Bedarf für den Handel.
5. Die Verwaltung prüft, ob mit einem Förderprogramm die Fassade der Stiftskirche sowie die Fläche vor der Kirche bis zum ausgebauten Stiftshofplatz auf den Standard der Umgebung gebracht werden kann. Die Stiftskirche ist ein markantes Gebäude und das sichtbare Zeugnis der Markgrafenstadt.
6. Die Verwaltung trifft Maßnahmen, dass die Zeit der Totalsperrung der Grabenstraße aufgrund des Kreiselbaus an der Bleichwiese auf ein unumgängliches Minimum reduziert wird. Ältere und kranke Menschen müssen zu den in der Grabenstraße befindlichen Ärzthäusern und zur Apotheke gelangen können. Die Busse müssen so lange wie möglich durch den Graben fahren dürfen, Taxen sollten immer fahren können – wie es kürzlich die Ärzte zu Recht forderten.
7. Die Verwaltung schafft in der Grabenstraße einige Sitzgelegenheiten ohne Rückenlehne. Senioren brauchen beim Einkauf eine Verschnaufpause, für gewisse Dauergäste sollten die Bänke aber zu unbequem sein.
8. Die Verwaltung trifft alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen gegen den zunehmenden Alkoholmissbrauch an manchen Plätzen in der Innenstadt.
9. Die Verwaltung prüft als Daueraufgabe, wie den Autofahrern gute und preiswerte Alternativen zum Parken in den Parkhäusern der Innenstadt geboten werden können. Das Quasimonopol des Parkhausbetreibers muss durch eine echte Wettbewerbssituation aufgeweicht werden, dass die Preise im erträglichen Rahmen bleiben.
10. Die Verwaltung appelliert an die Geschäftsinhaber, die Parktickets den Kunden offensiv anzubieten.
11. Die Verwaltung prüft, ob entlang der Oberen Bahnhofstraße das Parken wieder erlaubt werden kann – vielleicht nur nach 18:00 Uhr? In den Abendstunden entfällt der Berufsverkehr, die Veranstaltungen im Bürgerhaus hingegen finden meist abends statt.
12. Wir beantragen, den kleinen Anbau des Güterschuppens am Bahnhof abzureißen. Er passt architektonisch nicht zum Gesamtensemble. An seiner Stelle schafft die Verwaltung eine mit viel Grün gestaltete schöne Eingangssituation für die Bahnreisenden. Dort wäre vielleicht auch Platz für den Torso des Werkes von Bohdan Szczudlo, das derzeit vor dem Marktbrunnen steht.

13. Die Verwaltung verhandelt beharrlich mit der Region über den Stadtentwicklungsplan. Es darf nicht passieren, dass wir uns zu große Fesseln für die Zukunft anlegen. Ein über Jahre gültiger Plan braucht Puffer für Unvorhergesehenes und beispielsweise auch Flächen für Starterfirmen mit beschränkten finanziellen Möglichkeiten. Der Backnanger Norden (Sulzbacher Straße) braucht gleiche Entwicklungschancen wie der Süden (Weissacher Straße).
14. Die Verwaltung prüft, ob eine Mitgliedschaft in der Fremdenverkehrsgemeinschaft Schwäbischer Wald e.V. Vorteile für Backnang hätte. Nachbargemeinden wie Aspach oder Weissach sind bereits Mitglied.
15. Die Verwaltung prüft, ob private Initiativen zu flächendeckenden Angeboten für die Kinderbetreuung aktiviert werden können. Sie wären nach dem Subsidiaritätsprinzip zu unterstützen. Es gibt im Lande Beispiele, die sehr Erfolg versprechend aussehen - unter Beteiligung von jeweils ortsansässigen Firmen.
16. Die Verwaltung prüft, ob die städtischen Zuschüsse für die Sanierung des Außenbereichs des Tagheims Kaltes Wasser früher als 2010 gewährt werden können, ggf. auch für Teilabschnitte.
17. Die Verwaltung stellt gemeinsam mit den Schulen einen Raumbedarfsplan einschließlich der Aufenthalts- und Betreuungsräume auf, der für einige Jahre verlässliche Zahlen liefert.
18. Die Verwaltung organisiert vor den Einzelentscheidungen einen Schulbau-Rundgang für den Gemeinderat.
19. Wir beantragen die Stärkung der Schulsozialarbeit. Vor allem in den Grundschulen herrscht Bedarf, der teilweise noch nicht abgedeckt ist. Frühe Prophylaxe ist angesagt: Auch in Backnang haben wir ungute Erscheinungen – in Schulen und im Stadtbild.
20. Die Verwaltung verhandelt mit dem Landkreis über eine Förderung des BK-Busses. Gemeinsam mit der Region muss auch das Einnahmeproblem des BK-Busses angegangen werden. Selbst rechtliche Schritte könnten in Erwägung gezogen werden.
21. Die Verwaltung tut alles, damit die Finanzierung und Realisierung der Verkehrsvorhaben B14 von Nellmersbach bis Backnang, dreispuriger Ausbau der L1115 und Aufbau S-Bahn S40 nach Marbach/Ludwigsburg gesichert werden.
22. Die Verwaltung stellt einen Plan auf, nach dem bisher nicht endgültig hergestellte Straßen auf den üblichen Standard ausgebaut werden. Dies spart der Stadt viele Sanierungskosten.
23. Wir beantragen für den Eigenbetrieb Abwasser, dass die vorgesehene Aufnahme neuer Schulden unterbleibt. Die Zinsbelastung darf nicht weiter zunehmen. Mit einer solchen Abwärtsspirale wären zukünftig weitere saftige Preissteigerungen vorprogrammiert. Zum Ausgleich des Wirtschaftsplans beantragen wir folgende Maßnahmen:
 - a) Der Zinssatz für den städtischen Kredit des Eigenbetriebs wird um ein halbes Prozent gesenkt. Das ist noch keine Subvention, denn der gegenwärtige Zinssatz liegt über den Sätzen für Kommunalkredite.
 - b) Der durch die neuen Baugebiete zu erwartende Abwasserzuwachs wird in die Kalkulation eingerechnet und
 - c) die Tilgung des städtischen Kredits wird zumindest eine Zeit lang ebenfalls um bis zu einem halben Prozent gesenkt – soweit dass der Eigenbetrieb zusammen mit den Maßnahmen a und b ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaften kann.